

Bosede Felicitas Staudenmayer

# Der naturschutzrechtliche Flächenschutz bei Bauvorhaben im Außenbereich

**Wissenschaftliche Beiträge  
aus dem Tectum Verlag**

Reihe Rechtswissenschaft



Wissenschaftliche Beiträge  
aus dem Tectum Verlag

Reihe Rechtswissenschaft

Band 144

Bosede Felicitas Staudenmayer

**Der naturschutzrechtliche Flächenschutz  
bei Bauvorhaben im Außenbereich**

Tectum Verlag

Bosede Felicitas Staudenmayer

Der naturschutzrechtliche Flächenschutz bei Bauvorhaben im Außenbereich

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe: Rechtswissenschaft; Bd. 144

Zugl. Diss. Eberhard Karls Universität Tübingen 2020

D21

Eingereicht unter dem Originaltitel: *„Rechtliche Anforderungen des naturschutzrechtlichen Flächenschutzes an die Verwirklichung baulicher Vorhaben im Außenbereich. Eine Analyse des § 35 BauGB und der in den deutschen Naturschutzgesetzen normierten Flächenschutzkategorien“*

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021

ePDF 978-3-8288-7664-4

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN

978-3-8288-4601-2 im Tectum Verlag erschienen.)

ISSN 1861-7875

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

**Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

## **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2020 von der Juristischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen als Dissertation angenommen.

Mein besonders herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Johannes Saurer. Mit wertvollen Anregungen und Literaturhinweisen hat er mir immer wieder einen neuen Blickwinkel eröffnet und den Fortgang der Arbeit gefördert. Ebenso danke ich Frau Prof. Dr. Barbara Remmert für ihren akademischen Rat und die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Ein ausdrücklicher Dank gilt auch den Menschen an meiner Seite. Meinen Eltern und Schwiegereltern, meinem Lebenspartner, meinem Ex-Mann sowie natürlich meinen Kindern. Ihre Unterstützung und das Zurückstellen eigener Bedürfnisse hat mir das Studium und die Promotion erst ermöglicht. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Dürnau im Februar 2021

Bosede Felicitas Staudenmayer



# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XIX
<b>Erster Teil Einführung und Grundlagen</b> .....	1
A. Einleitung .....	1
B. Gang der Untersuchung .....	5
C. Zentrale Begrifflichkeiten .....	8
I. Definition „Naturschutzrechtlicher Flächenschutz“ .....	8
II. Abgrenzung zu den naturschutzrechtlichen Objektschutzinstrumenten .....	9
III. Abgrenzung zu „naturschutzbezogenen“ Flächenschutzinstrumenten außerhalb der Naturschutzgesetze .....	10
IV. Bauliche Vorhaben im Außenbereich .....	15
V. Natur und Landschaft .....	15
<b>Zweiter Teil Die Rechtsinstitute des     naturschutzrechtlichen Flächenschutzes</b> .....	19
A. Gesetzliche Grundlagen des naturschutzrechtlichen Flächenschutzes .....	19
I. Verteilung der Gesetzgebungskompetenz im Naturschutzrecht .....	19
II. Das Bundesnaturschutzgesetz als zentrales Regelwerk des naturschutzrechtlichen Flächenschutzes .....	20
III. Naturschutzgesetze der einzelnen Bundesländer in Ausübung der in Artt. 74 Abs. 1 Nr. 29, 72 Abs. 3 Nr. 2 GG geregelten Abweichungskompetenz .....	21



IV. Das Erfordernis untergesetzlicher oder spezialgesetzlicher Regelungen durch Naturschutzbehörden für gesetzlich nur rudimentär geregelte Flächenschutzinstrumente .....	23
1. Allgemeine Regelungen zur Unterschutzstellung gemäß § 22 BNatSchG .....	23
2. Gestaltungsfreiheit des Verordnungsgebers .....	25
B. Die naturschutzrechtlichen Flächenschutzinstrumente des BNatSchG .....	26
I. Landschaftsschutzgebiete .....	26
1. Entstehung der Schutzgebietskategorie „Landschaftsschutzgebiete“ ....	27
2. Rechtspraktische Handhabung der Schutzgebietskategorie des Landschaftsschutzgebietes bis zum Jahr 1976 .....	29
3. Die Schutzgründe des § 26 Abs. 1 BNatSchG für die Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes .....	32
a.) Umfassender Schutz von Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts .....	33
b.) Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft .....	36
aa.) Vielfalt .....	37
bb.) Eigenart .....	39
cc.) Schönheit .....	40
dd.) Zwischenfazit .....	40
c.) Besondere kulturhistorische Bedeutung .....	42
d.) Besondere Bedeutung für die Erholung .....	43
e.) Zwischenergebnis – Erfordernis einer untergesetzlichen Schutzzweckbeschreibung und Gebietscharakterisierung .....	45
4. Empirische Untersuchung von Gebietscharakterisierung und Schutzzweckbeschreibung innerhalb einzelner Landschaftsschutzgebietsverordnungen .....	46
a.) Einführung .....	46
b.) Eckdaten der ausgewerteten Landschaftsschutzgebietsverordnungen .....	46
c.) Schutzzweckbeschreibungen in Unterschutzstellungserklärungen .....	47
d.) Gebietscharakterisierungen in Unterschutzstellungserklärungen ...	51
5. Zwischenergebnis: Mindestanforderungen an Schutzzweck und Gebietscharakterisierung .....	54
II. Naturschutzgebiete .....	56
1. Entstehung und wesentliche Inhalte .....	56

---

2. Schutzzwecke .....	59
3. Zwischenergebnis .....	60
III. Zwischenfazit: Natur- und Landschaftsschutzgebiete als „Grundformen“ der nationalen naturschutzrechtlichen Flächenschutzinstrumente .....	61
IV. Nationalparke .....	62
1. Entstehung und wesentliche Inhalte .....	62
2. Besonderheiten und wesentliche Unterschiede hinsichtlich der im Nationalpark enthaltenen Grundform der nationalen naturschutzrechtlichen Flächenschutzinstrumente .....	65
V. Biosphärenreservate .....	66
1. Wesentliche Inhalte und Entstehung .....	66
2. Besonderheiten und wesentliche Unterschiede hinsichtlich der im Biosphärenreservat enthaltenen Grundformen der nationalen naturschutzrechtlichen Flächenschutzinstrumente .....	68
VI. Naturparke .....	69
1. Entstehung und wesentliche Inhalte .....	69
2. Naturparke als naturschutzrechtliche Flächenschutzkategorie? .....	73
VII. Zwischenfazit: Auf den Grundformen der nationalen naturschutzrechtlichen Flächenschutzinstrumente basierende Großschutzgebiete .....	76
VIII. Nationale Naturmonumente .....	76
1. Entstehung und wesentliche Inhalte .....	77
2. Besonderheiten und wesentliche Unterschiede Nationaler Naturmonumente im Vergleich zu Naturschutzgebieten .....	78
IX. Flächenschutzsysteme des Bundesnaturschutzgesetzes .....	78
1. Natura 2000-Gebiete .....	78
a.) Natura 2000-Gebiete, ein naturschutzrechtliches Flächenschutzinstrument? .....	79
b.) FFH-Gebiete – Entstehung und wesentliche Inhalte .....	79
c.) Vogelschutzgebiete – Entstehung und wesentliche Inhalte .....	81
d.) Besonderheiten und wesentliche Unterschiede zwischen europäischen und nationalen naturschutzrechtlichen Flächenschutzinstrumenten .....	83
2. Biotopverbund/Biotopvernetzung gemäß § 21 BNatSchG .....	84
a.) Entstehung und wesentliche Inhalte .....	84
b.) Der Biotopverbund/die Biotopvernetzung als naturschutzrechtliches Flächenschutzinstrument .....	86

X. Flächenschutzinstrumente kraft Gesetzes .....	87
1. Biotop gemäß § 30 BNatSchG – Entstehung und wesentliche Inhalte .....	87
2. Gewässerrandstreifen gemäß § 61 BNatSchG .....	89
XI. Landschaftsplanung .....	91
1. Entstehung und wesentliche Inhalte .....	91
2. Landschaftsplanung ein naturschutzrechtliches Flächenschutzinstrument? .....	94
XII. Eingriffsregelung .....	95
1. Entstehung und wesentliche Inhalte .....	95
2. Eingriffsregelung ein naturschutzrechtliches Flächenschutzinstrument? .....	97
XIII. Zwischenfazit: Landschaftsplanung und Eingriffsregelung als naturschutzrechtliche Flächenschutzinstrumente sui generis .....	98
C. Ergänzende Flächenschutzinstrumente einzelner Landesnaturschutzgesetze .....	99
I. Wildnisentwicklungsgebiete – Landesnaturschutzgesetz Nordrhein- Westfalen .....	99
II. Schutz von Grünland – Landesnaturschutzgesetz Rheinland-Pfalz .....	99
D. Zwischenergebnis .....	100

**Dritter Teil    Entstehung, Regelungssystematik und Funktionen des  
§ 35 BauGB als zentrale Norm für bauliche Vorhaben im  
Außenbereich .....**    103

A. Die Bedeutung des naturschutzrechtlichen Flächenschutzes im Rahmen der Entstehung des § 35 BauGB .....	104
I. Das formale Baurecht .....	104
II. Die Vorgängerregelungen des § 35 BauGB .....	105
1. Preußisches Ansiedlungsgesetz vom 10.8.1904 .....	105
2. Preußisches Verunstaltungsgesetz vom 15. Juli 1907 .....	106
3. Württembergische Bauordnung .....	107
a.) Württembergische Bauordnung vom 8. August 1910 .....	107
b.) Änderungsverordnung zur Württembergischen Bauordnung vom 15. Dezember 1933 .....	107
4. Entwurf eines Städtebaugesetzes für Preußen von 11. Juni 1926 .....	108
5. Bauregelungsverordnung vom 1. März 1936 .....	108

6.	Rechtsprechungsentwicklung zwischen 1950 und 1960 zur Bauregelungsverordnung .....	110
7.	§ 35 Bundesbaugesetz 1960 .....	111
B.	Die heutige Regelungssystematik und Funktion des § 35 BauGB .....	113
I.	Regelungssystematik innerhalb des § 35 BauGB .....	115
1.	Die für alle Vorhaben erforderlichen Voraussetzungen des § 35 BauGB .....	116
a.)	Ausreichende/Gesicherte Erschließung .....	116
b.)	Beeinträchtigen/Entgegenstehen öffentlicher Belange .....	117
2.	Privilegierte Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BauGB .....	118
3.	Sonstige Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB .....	120
4.	Begünstigte Vorhaben § 35 Abs. 4 BauGB .....	122
5.	Außenbereichssatzung § 35 Abs. 6 BauGB .....	123
6.	Konzentrationszonenplanung § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB .....	123
II.	Funktionen des § 35 BauGB .....	124
C.	Zwischenergebnis .....	125
<b>Vierter Teil</b>	<b>Naturschutzbezogene Zulässigkeitskriterien für bauliche Vorhaben im Außenbereich .....</b>	<b>127</b>
<b>Erster Abschnitt</b>	<b>Die naturschutzbezogenen öffentlichen Belange des § 35 Abs. 3 BauGB als Anforderungen des naturschutzrechtlichen Flächenschutzes für bauliche Vorhaben im Außenbereich .....</b>	<b>127</b>
A.	Einführung in die Problematik .....	127
I.	Die Nutzung von Grund und Boden als Anknüpfungspunkt sowohl des Bauplanungs- als auch des Naturschutzrechts .....	127
II.	Das Erfordernis einer klaren Tatbestandsbegrenzung des § 35 BauGB im Hinblick auf das gemeindliche Einvernehmen, den revisionsrechtlichen Prüfauftrag und den Genehmigungsumfang eines Bauvorbescheids .....	128
B.	Die Bedeutung des § 29 Abs. 2 BauGB für die Inkorporation der naturschutzrechtlichen Flächenschutzinstrumente in § 35 BauGB .....	130

C. Die Inkorporation der Rechtsinstitute des naturschutzrechtlichen Flächenschutzes in die naturschutzbezogenen öffentlichen Belange des § 35 Abs. 3 BauGB .....	132
I. Das naturschutzrechtliche Flächenschutzinstrument der Landschaftsplanung repräsentiert durch den öffentlichen Belang der Darstellungen eines Flächennutzungsplans gemäß § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 BauGB .....	132
II. Der Widerspruch zu Darstellungen der Landschaftsplanung als eigener öffentlicher Belang gemäß § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 BauGB.....	133
1. Hinreichende Konkretisierung des Landschaftsplans .....	135
2. Die Tauglichkeit von Landschaftsplänen als öffentliche Belange im Hinblick auf die rein naturschutzfachliche Ausrichtung und das Fehlen eines Abwägungsauftrags .....	136
III. Werden die in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten „Belange des Natur- und Landschaftsschutzes“ durch das Bundesnaturschutzgesetz und die Naturschutzgesetze der Länder konkretisiert oder handelt es sich dabei um eine bauplanungsrechtliche Regelung mit eigenem Regelungsgehalt? .....	139
1. Entwicklung der Rechtsprechung .....	140
a.) Urteil des BVerwG vom 20.10.1972 – IV C 1.70 .....	140
b.) Urteil des BVerwG vom 12.08.1977 – IV C 48.75, IV C 49.75 .....	141
c.) Urteil des BVerwG vom 13.4.1983 – 4 C 21/79.....	142
d.) Urteil des BVerwG vom 13.12.2001 – 4 C 3/01.....	143
e.) Urteil des BVerwG vom 27.6.2013 – 4 C 1/12 .....	145
f.) Zwischenergebnis .....	146
2. Ansichten der Literatur.....	150
3. Auslegung des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB .....	151
a.) Wortlaut – Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege.....	151
b.) Systematik des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB .....	152
c.) Historische Auslegung – Die ursprüngliche Intention des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB .....	153
d.) Teleologische Auslegung des § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB .....	155
e.) Zwischenergebnis .....	155
4. Welche eigenen Anforderungen an die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege stellt das Bauplanungsrecht? .....	156
IV. Zusammenfassende Übertragung der Ergebnisse auf die vorliegend untersuchten naturschutzrechtlichen Flächenschutzinstrumente als öffentliche Belange i.S.d. § 35 Abs. 3 BauGB.....	157

V. Können die öffentlichen Belange des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB bei Vorliegen eines einfachen Bebauungsplans (§ 30 Abs. 3 BauGB) ausgeklammert werden? .....	159
1. Problematik .....	159
2. Einfacher Bebauungsplan .....	159
3. Stand in Rechtsprechung und Literatur .....	160
4. Der Flächennutzungsplan als öffentlicher Belang i.S.d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 BauGB bei Vorliegen eines einfachen Bebauungsplans .....	161
5. Der Landschaftsplan als öffentlicher Belang i.S.d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 BauGB bei Vorliegen eines einfachen Bebauungsplans .....	162
6. Die Anwendbarkeit der Eingriffsregelung bei Vorliegen eines einfachen Bebauungsplans .....	162
7. Sonstige naturschutzrechtliche Flächenschutzinstrumente als öffentliche Belange i.S.d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB bei Vorliegen eines einfachen Bebauungsplans .....	163
8. Zwischenfazit .....	163
VI. Natürliche Eigenart der Landschaft und Erholungswert i.S.d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB .....	163
VII. Verunstaltung des Orts- und Landschaftsbilds i.S.d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB .....	166
VIII. Zwischenergebnis .....	168
D. Zusammenfassung und Stellungnahme .....	168
<b>Zweiter Abschnitt Die Rechtsinstitute des naturschutzrechtlichen Flächenschutzes und ihre jeweiligen rechtlichen Anforderungen an bauliche Vorhaben im Außenbereich .....</b>	<b>170</b>
A. Allgemeine Regelungen als rechtliche Anforderungen für bauliche Vorhaben im Außenbereich .....	172
I. § 67 BNatSchG Befreiungen .....	172
II. Anwendbarkeit des § 67 BNatSchG bezüglich der Zulässigkeit baulicher Vorhaben im Außenbereich .....	173
III. Allgemeine Befreiungsregelungen innerhalb der Landesnaturschutzgesetze .....	174

B. Unter welchen materiell-rechtlichen Voraussetzungen gestatten die Rechtsinstitute des naturschutzrechtlichen Flächenschutzes bauliche Vorhaben im Außenbereich? .....	175
I. Bauliche Außenbereichsvorhaben in Naturschutzgebieten –	
§ 23 BNatSchG.....	175
1. Das Schutzregime des § 23 BNatSchG in Bezug auf bauliche Anlagen....	175
2. Einführung eines absoluten Veränderungsverbots durch das Reichsnaturschutzgesetz?.....	176
3. Einführung eines absoluten Veränderungsverbots durch das Bundesnaturschutzgesetz.....	178
4. „Ausnahmen“ für bauliche Vorhaben durch § 23 Abs. 2 BNatSchG.....	179
5. § 23 Abs. 3 BNatSchG als ausdrückliches Verbot für bestimmte bauliche Außenbereichsvorhaben der Fracking-Technologie.....	181
II. Rechtliche Anforderungen an bauliche Außenbereichsvorhaben in Nationalparks gemäß § 24 Abs. 1–3 BNatSchG .....	183
1. Das Erfordernis eines im Vergleich zu den Naturschutzgebieten eigenständigen Schutzregimes .....	183
2. Vorgaben im Rahmen einzelner Nationalpark-Schutzgebietsausweisungen bezüglich baulicher Außenbereichsvorhaben .....	185
3. § 24 Abs. 3 S. 2 BNatSchG als ausdrückliches gesetzliches Verbot für bauliche Außenbereichsvorhaben .....	187
III. Rechtliche Anforderungen an bauliche Außenbereichsvorhaben auf Flächen, die gemäß § 24 Abs. 4 BNatSchG als Nationale Naturmonumente ausgewiesen wurden.....	187
1. Praxisbeispiel: Untersuchung der Schutzgebietserklärung „Grünes Band Thüringen“ hinsichtlich der Regelungen zur Zulässigkeit baulicher Vorhaben im Außenbereich .....	188
a.) Hintergrund zum Grünen Band.....	188
b.) Die Regelungen zur Zulässigkeit baulicher Vorhaben innerhalb des Thüringer Gesetzes über das Nationale Naturmonument „Grünes Band Thüringen“ .....	189
2. Nationale Naturmonumente doch nicht wie Naturschutzgebiete schützen?.....	190

IV. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben innerhalb von Biosphärenreservaten gemäß § 25 BNatSchG.....	191
1. Das Erfordernis eines für Biosphärenreservate als „Modellregion für das Zusammenspiel von Mensch und Natur“ eigenständigen Schutzregimes.....	191
2. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben im Rahmen von Schutzgebietserklärungen der 1990er Jahre.....	192
3. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben im Rahmen von Schutzgebietserklärungen in den 2000er Jahren .....	193
4. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben im Rahmen von Schutzgebietserklärungen der 2010er Jahre.....	194
5. Zwischenfazit.....	194
V. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben in Naturparken – § 27 BNatSchG.....	195
1. Regelungen im Rahmen des § 27 BNatSchG und in einzelnen Landesgesetzen .....	195
2. Das uneinheitliche Naturparkverständnis der einzelnen Länder – Naturpark ist nicht gleich Naturpark .....	196
3. Zwischenfazit.....	198
VI. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben im Rahmen europäischer Flächenschutzinstrumente .....	199
1. Natura 2000-Netz .....	199
a.) § 32 BNatSchG.....	199
b.) Allgemeines Veränderungs- und Störungsverbot – § 33 Abs. 1 BNatSchG .....	199
aa.) Verträglichkeitsprüfung und Ausnahmen – § 34 BNatSchG ...	200
bb.) Verbot bestimmter Vorhaben – § 33 Abs. 1a BNatSchG .....	202
2. Exkurs: Vogelschutzgebiete .....	203
3. Exkurs: FFH-Gebiete .....	203
VII. Die Anforderungen des § 30 BNatSchG an bauliche Außenbereichsvorhaben .....	204
VIII. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben im Bereich von Gewässern und Uferzonen.....	205
1. Vorgaben nach § 61 BNatSchG.....	205
2. Landesrechtliche Vorgaben für Gewässer und Uferzonen.....	206
3. Zwischenfazit.....	207



IX. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben innerhalb des Biotopverbunds.....	207
X. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben im Außenbereich durch die Landschaftsplanung .....	208
XI. Die rechtlichen Anforderungen der Eingriffsregelung für bauliche Vorhaben im Außenbereich .....	211
1. Das Verhältnis zwischen Baurecht und Eingriffsregelung nach § 18 BNatSchG .....	211
2. Die Eingriffsregelung (§§ 14 bis 17 BNatSchG) als Zulassungshindernis für bauliche Vorhaben im Außenbereich .....	211
XII. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben im Außenbereich innerhalb Nordrhein-Westfälischer Wildnisentwicklungsgebiete .....	213
XIII. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben im Außenbereich innerhalb Grünland-Schutzgebieten in Rheinland-Pfalz.....	214
XIV. Zwischenergebnis .....	214
C. Rechtliche Anforderungen an bauliche Vorhaben im Außenbereich innerhalb von Landschaftsschutzgebieten .....	215
I. Allgemeines Schutzregime des § 26 BNatSchG – Gebietscharakter und Schutzzweck .....	215
1. Verbot der Veränderung des Gebietscharakters.....	216
2. Schutzzweckwidrigkeit.....	216
3. Stellungnahme .....	217
II. Vorgaben hinsichtlich der Zulässigkeit baulicher Vorhaben innerhalb einzelner Landschaftsschutzgebietsverordnungen .....	220
1. Allgemeines .....	220
a.) Landschaftsschutzgebietsverordnungen von 1950 bis 1975 .....	220
b.) Landschaftsschutzgebietsverordnungen von 1976 bis 2017 .....	222
2. Bewertung .....	224
III. Lösungsmöglichkeiten zur Verwirklichung baulicher Vorhaben im Außenbereich innerhalb von Landschaftsschutzgebieten .....	225
1. Gegenseitiges Einvernehmen .....	225
2. Erteilung einer Ausnahme- oder Befreiung .....	226
3. (Teil-) Aufhebung von Landschaftsschutzgebietsverordnungen.....	227
4. Zonierung von Landschaftsschutzgebieten .....	229
a.) Zonierung als Instrument zur Ermöglichung baulicher Vorhaben im Außenbereich.....	229

b.) Zulässigkeit einer Zonierung, die am Nutzungszweck – beispielsweise Windenergienutzung – ausgerichtet ist? .....	230
aa.) Beispiel Baden-Württemberg .....	231
bb.) Beispiel Bayern .....	234
cc.) Beispiel Niedersachsen .....	235
dd.) Bewertung .....	236
ee.) Rechtsprechung .....	237
ff.) Fazit .....	238
<b>Fünfter Teil  Fazit</b> .....	241
<b>I.  Literaturverzeichnis</b> .....	245
<b>II.  Verzeichnis der Landschaftsschutzgebietsverordnungen</b> .....	259
<b>III.  Verzeichnis der Biosphärenreservats-Schutzgebietsverordnungen</b> .....	269
<b>IV.  Verzeichnis der Nationalpark-Schutzgebietsverordnungen</b> .....	273



## Abkürzungsverzeichnis

ARL	Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft
aA	andere Ansicht
aE	am Ende
Abs.	Absatz
AllMBL	Allgemeines Ministerialblatt
AllMBL.	Allgemeines Ministerialblatt Bayern
Art.	Artikel
Artt.	Artikel (Plural)
Aufl.	Auflage
Ausf./ausf.	Ausführlich
Az.	Aktenzeichen
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BauO NRW	Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
BauR	Baurecht Zeitschrift für das gesamte öffentlich und private Baurecht
BauRegV	Verordnung über die Regelung der Bebauung (Bauregelungsverordnung)
BayBO	Bayerische Bauordnung
BayJG	Bayerisches Jagdgesetz
BayKompV	Bayerische Kompensationsverordnung (Verordnung über die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft)
BayLplG	Bayerisches Landesplanungsgesetz
BayNatSchG	Gesetz über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz)
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayWaldG	Bayerisches Waldgesetz
BayWEE	Windenergie-Erlass
BBauBl.	BundesBauBlatt
BBauG	Bundesbaugesetz
BBauG	Bundesbaugesetzbuch
BbgNatSchAG	Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz
BbGNatSchAG	Gesetz zur Bereinigung des Brandenburgischen Naturschutzrechts
BeckOK	Beck'sche Onlinekommentare
Beschl.	Beschluss

BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
Brem. GBl.	Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen
BremNatG	Bremisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege
BT-Drs.	Bundestag Drucksache
BundeswaldG	Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
COP	Conference of the Parties
d.h.	das heißt
DDR	Deutsche Demokratische Republik
etc.	et cetera
FFH-Richtlinie	Fauna-Flora-Habitat Richtlinie
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
ha	Hektar
HAGBNatSchG	Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz
HBauO	Hamburgische Bauordnung
HBO	Hessische Bauordnung
HJagdG	Hessisches Jagdgesetz
HmbBNatSchAG	Hamburgisches Gesetz zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes
HmbGVBl.	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HmbGVbl.	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
iE	im Ergebnis
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
IUCN	International Union for Conservation of Nature
JWMG	Jagd- und Wildtiermanagementgesetz Baden-Württemberg
KommJur	Kommunaljurist
LAPlaSTV	Vertrag über die Aufgaben und Trägerschaft sowie Grundlagen und Verfahren der gemeinsamen Landesplanung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg (Landesplanungsvertrag)
LBO	Landesbauordnung für Baden-Württemberg
lit.	litera (Buchstabe)

LJG	Landesjagdgesetz Rheinland-Pfalz
LJG-NRW	Landesjagdgesetz Nordrhein-Westfalen
LNatSchG	Landesnaturenschutzgesetz
Losebl.	Loseblattsammlung
LPfllG	Landespflegegesetz
LplG	Landesplanungsgesetz
LWaldG	Waldgesetz für Baden-Württemberg (Landeswaldgesetz)
mwN	mit weiteren Nachweisen
NAGBNatSchG	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturenschutzgesetz
NatSchAG M-V	Naturschutzausführungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern
NatSchG Bln	Berliner Naturschutzgesetz
NatSchG LSA	Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
NBO	Niedersächsische Bauordnung
Nds. GVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
NPGHarzNI	Gesetz über den Nationalpark „Harz (Niedersachsen)“
NRW	Nordrhein-Westfalen
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NwaldLG	Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung
OK	Onlinekommentar
oN	ohne Namensangabe
RL	Richtlinie
RIP	Rheinland-Pfalz
RNG	Reichsnaturenschutzgesetz
ROG	Raumordnungsgesetz
S.	Seite/Satz
SächsGVBl.	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsJagdG	Jagdgesetz für den Freistaat Sachsen (Sächsisches Jagdgesetz)
SächsLplG	Gesetz zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz)
SächsNatSchG	Sächsisches Naturschutzgesetz
SH	Schleswig-Holstein
SNG	Saarländisches Naturschutzgesetz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ThJG	Thüringer Jagdgesetz
ThürBRThWVO	Thüringer Verordnung über das Biosphärengebiet Thüringer Wald
ThürGBG	Thüringer Grünes-Band-Gesetz
ThürGVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen
ThürNatG	Thüringer Naturschutzgesetz
ThürStAnz	Thüringer Staatsanzeiger

uä	und ähnliche
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
Urt.	Urteil
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VerwRspr.	Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VogelSchRL	Vogelschutzrichtlinie
Weiterf.	Weiterführend
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz)
z.B.	zum Beispiel
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht